



Anfrage

Vorlage-Nr.:	AF/0010/2013		Datum:	17.01.2013			
Verfasser:	05-FDP-Ratsfraktion	Az:					
Gremienweg:							
01.02.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen		
Betreff:							
Anfrage der FDP-Fraktion zur Sperrgebietsverordnung							

Der FDP-Fraktion liegt ein Schreiben eines Unternehmens vor, die ihren Geschäftssitz in der Otto-Schönhagen-Straße hat. Die Firma teilt mit, dass die Straßenprostitution mit Wohnwagen und -mobilen in der jüngsten Zeit zugenommen hat und ein Imageverlust der dort ansässigen Unternehmen langsam messbar wird.

Laut Auskunft der Verwaltung (Ordnungsamt) ist die Ausübung der Prostitution im Bereich der Otto-Schönhagen-Straße gestattet im Rahmen der Rechtsverordnung über das Verbot der Prostitution im Stadtkreis Koblenz. Diese Sperrgebietsverordnung ist seit 1980 in Kraft.

Die Verwaltung nimmt an, dass die Zunahme der Prostitutionsausübung in diesem Bereich möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass in jüngster Vergangenheit zunehmende Verstöße gegen die Rechtsverordnung, durch die Ausübung der Prostitution im Sperrbezirk, festgestellt wurden. Die Ordnungsbehörde wirkt darauf hin, dass die Prostitution nur noch in den Bereichen nachgegangen wird, in denen dies nicht untersagt ist.

Die in der Otto-Schönhagen-Straße ansässige Firma verweist darauf, dass mit der Zunahme der Straßenprostitution der Standort für Unternehmen immer mehr ungeeignet erscheint.

Vor diesem Hintergrund stellt die FDP-Fraktion folgende Fragen:

1. Wie viele legale Bordellbetriebe gibt es aktuell in Koblenz und wie viele Prostituierte sind hierin registriert?
2. Wo genau greift die Sperrgebietsverordnung?
3. Findet ein regelmäßiger Austausch zwischen Ordnungsamt und Polizei über die Entwicklung des Sperrbezirks statt?
4. Tauscht sich die Verwaltung mit anderen Städten über Erfahrungen zum Thema Sperrbezirk aus?
5. Gibt es zu den Fragen 3 und 4 zu berichtende Ergebnisse über den Erfahrungsaustausch, die ggf. in Koblenz umgesetzt werden können?